

Paul Craig Roberts, der renommierte US-Publizist und ehemalige Staatssekretär unter Ronald Reagan, untersucht, wann der Iran angegriffen wird, und enthüllt, dass US-Regierungen mit Koffern voller Geld ausländische Politiker kaufen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 045/12 – 17.02.12

Wird der Iran angegriffen werden?

Von Paul Craig Roberts

Institute for Political Economy, 08.02.12

(<http://www.paulcraigroberts.org/2012/02/08/will-iran-be-attacked-2/>)

Die US-Regierung hat bereits umfangreiche Vorbereitungen für einen militärischen Überfall auf den Iran getroffen. Es wird vermutet, dass Washington seine beiden bisher längsten Kriege in Afghanistan und im Irak auslaufen lässt, um seine Streitkräfte gegen den Iran einsetzen zu können. Zwei Flugzeugträgergruppen der USA und Kriegsschiffe der NATO wurden bereits in den Persischen Golf beordert. In den Öl-Emiraten und in anderen US-Marionettenstaaten im Mittleren Osten wurden Raketen stationiert (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP03610_050210.pdf). In Israel und in Kuwait stehen US-Truppen bereit (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP21011_151111.pdf).

Während Millionen im Stich gelassene US-Amerikaner ihre Häuser verloren, haben die USA auf Kosten der ausgeplünderten US-Steuerzahler Israel ein teures Raketenabwehrsystem spendiert. (Weitere Informationen dazu sind aufzurufen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP20309_210909.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP25409_161109.pdf .) Weil niemand erwartet, dass der Iran zuerst Israel angreifen, sondern allenfalls auf einen israelischen Überfall reagieren wird, soll das US-Raketenabwehrsystem Israel vor einer iranischen Antwort auf eine israelische Aggression schützen.

Juan Cole hat auf seiner Website eine Karte mit den 45 US-Militärbasen veröffentlicht, die den Iran umzingeln.

Zusätzlich zu den massiven militärischen Vorbereitungen läuft seit 1979, als der Schah, eine Marionette Washingtons, durch die iranische Revolution gestürzt wurde, ein Propaganda-Krieg gegen den Iran. Obwohl der Iran eingekreist ist, wird er von den USA und Israel als bedrohlicher Aggressor verleumdet. In Wirklichkeit sitzen die Aggressoren, die dem Iran ständig mit einem militärischen Angriff drohen, in den Regierungen in Washington und Tel Aviv.

Neokonservative Kriegstreiber wie David Goldman vergleichen den iranischen Präsidenten mit Hitler und verkünden, er könne nur durch einen Krieg gestoppt werden (s. <http://pjmedia.com/spengler/2012/02/03/lessons-about-iran-from-hitler/>).



Entnommen aus

<http://www.juancole.com/2011/12/iran-has-us-surrounded-all-right.html>

<http://pjmedia.com/spengler/2012/02/03/lessons-about-iran-from-hitler/>).

Washingtons führende Militärpolitiker haben den Eindruck erweckt, ein israelischer Angriff auf den Iran sei bereits beschlossene Sache. Am 2. Februar berichtete die Washington Post, Pentagonchef Leon Panetta glaube, Israel werde den Iran wahrscheinlich in zwei bis vier Monaten angreifen (s. http://www.washingtonpost.com/opinions/is-israel-preparing-to-attack-iran/2012/02/02/gIqANjfTkQ_print.html).

Ebenfalls am 2. Februar berichtete Gareth Porter, General Martin Dempsey, der Chef des US-Generalstabes, habe die israelische Regierung darüber informiert, dass sich die USA einem Angriff Israels auf den Iran nicht anschließen werden, falls Washington nicht vorher grünes Licht für den Angriff gegeben habe. (Der Artikel ist aufzurufen unter <http://original.antiwar.com/porter/2012/02/01/dempsey-told-israelis-us-wont-join-their-war-on-iran/> .)

Porter interpretiert Dempseys Warnung als klare Intervention des Präsidenten Obama, der Israel von einem Angriff auf den Iran abschrecken wolle, damit Washington nicht in einen regionalen Flächenbrand hineingezogen werde. Dempseys Warnung könnte aber auch von Obama veranlasst worden sei, um den Angriff auf den Iran so lange aufzuschieben, bis sich in Umfragen abzeichnet, dass er die Präsidentenwahl verlieren könnte. Bisher haben die überwiegend patriotisch gesinnten US-Wähler noch nie einen Präsidenten abgewählt, der gerade einen Krieg führt.

Am 5. Februar hat Präsident Obama Dempseys Warnung mit seiner Erklärung, er marschiere "im Gleichschritt" mit der israelischen Regierung, aber schon wieder annulliert (s. http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP04212_130212.pdf). Obamas Zusage, im Gleichschritt mit Israel zu marschieren, erfolgte, obwohl er im gleichen NBC-Interview auch sagte, es lägen "keine Beweise dafür vor, dass sie (die Iraner) die Absicht oder die Fähigkeit haben (die USA anzugreifen)." Mit der Versicherung, "im Gleichschritt mit Israel zu marschieren" und der gleichzeitig versprochenen "diplomatischen Lösung" versuchte Obama sowohl die Israel-Lobby als auch den Demokraten nahestehende Friedensgruppen zu beschwichtigen, um seine Wahlchancen zu erhöhen.

Wie ich früher schon geschrieben habe, wäre dieses Frühjahr eine gute Zeit für einen Angriff auf den Iran, weil es in Russland wegen der im März anstehenden Wahl wahrscheinlich zu Unruhen kommen wird. Die russische Opposition gegen Putin wird von Washington finanziert und durch Erklärungen aus Washington, mit denen sich besonders Außenministerin Hillary Clinton hervortut, zusätzlich ermutigt. Unabhängig davon, ob Putin schon im ersten Wahlgang gewinnt oder sich nach einem Unentschieden einem zweiten Wahlgang stellen muss, wird das Geld aus Washington auf jeden Fall einige zehntausend Russen auf die Straße bringen, wie damals, als mit Geld aus Washington die "grüne Revolution" im Iran angezettelt wurde, um die dortige Präsidentenwahl zu stören.

Am 4. Februar hat die früher linke britische Zeitung The Guardian bereits über einen Protestmarsch von 120.000 Anti-Putin-Demonstranten in Moskau berichtet, die "faire Wahlen" forderten. Washington hat also schon dafür gesorgt, dass im März bezahlte Lakaien auftreten und behaupten werden, Putin habe die Wahl gestohlen. Obama hat aber das Problem, im Frühjahr noch nicht abschätzen zu können, ob seine Wiederwahl von einem republikanischen Kandidaten gefährdet werden könnte. Wenn er sich zu früh auf einen Krieg (gegen den Iran) einlässt, der einen starken Anstieg des Ölpreises auslösen könnte, wäre das seiner Wiederwahl nicht förderlich.

Die Bereitschaft von Völkern auf der ganzen Welt, sich zu Marionetten Washingtons machen zu lassen, anstatt loyale Bürger ihrer eigenen Staaten zu sein, ist der Grund dafür, dass der Westen in der Lage war, die Welt bis heute zu beherrschen. Es scheint eine unerschöpfliches Angebot an ausländischen Staatschefs zu geben, die bereit sind, sich von Washington kaufen zu lassen und die Interessen ihrer eigenen Länder zu verraten.

Wie schon Karl Marx sagte, verwandelt Geld alles in eine Ware, die gekauft und verkauft werden kann. Werte wie Ehre, Integrität, Wahrheit, Gerechtigkeit, Loyalität oder sogar Verwandtschaft zählen dann nicht mehr. Nichts bleibt, als obszöne Geldgier. Für Geld hat sich auch der britische Premierminister Tony Blair kaufen lassen.

Die Macht des Geldes wurde mir schon vor vielen Jahren bewusst. Mein Doktorvater war in der Nixon-Administration Staatssekretär für internationale Sicherheitsangelegenheiten im Verteidigungsministerium. Er fragte mich, ob ich nach Vietnam gehen wolle, um dort Hilfsprogramme zu verwalten. Ich fühlte mich geschmeichelt, weil ich dachte, er halte mich für charakterstark genug, der Korruption entgegenzutreten, die häufig die mit Hilfsprogrammen verfolgten Absichten verfälscht; ich lehnte sein Angebot dann aber doch ab.

Das Gespräch mit ihm werde ich niemals vergessen. Warren Nutter (s. http://en.wikipedia.org/wiki/G._Warren_Nutter) war ein intelligenter, integrierter Mann. Unabhängig davon, ob der Vietnam-Krieg notwendig war, warf er der Regierung vor, ihn mit einem Betrug in Gang gesetzt zu haben (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Tonkin-Zwischenfall>). Er war der Meinung, eine Demokratie dürfe nicht mit Betrugereien arbeiten und protestierte gegen Regierungsmitglieder, die den US-Bürgern nicht die Wahrheit sagten. Nutter vertrat die Position, eine demokratische Regierung müsse die Bürger überzeugen und dürfe nicht mit schmutzigen Tricks arbeiten, sonst seien die Ergebnisse nicht demokratisch legitimiert.

Nach Nutters Ansicht hatten wir die Südvietnamesen in diesen Krieg gedrängt und waren deshalb auch verpflichtet, ihnen zu helfen. Wenn wir uns als unzuverlässig erwiesen, werde sich das negativ auf unsere Verbindungen zu anderen Ländern auswirken, die wir eingegangen waren, um das sowjetische Imperium in Schach zu halten. Die Sowjetunion hatte – anders als die "terroristische Bedrohung" heute – tatsächlich echtes Bedrohungspotenzial. Menschen, die erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erwachsen wurden, können die Zeit des Kalten Krieges vermutlich nicht mehr verstehen.

Im Laufe des Gespräches fragte ich, wie es Washington geschafft habe, so viele andere Regierungen auf seine Seite zu ziehen. Er antwortete: "Mit Geld!".

Ich fragte zurück: "Meinen Sie mit der Finanzierung von Hilfsprogrammen?"

Er antwortete: "Nein, mit ganzen Koffern voller Geld. Wir kaufen die führenden Politiker."

Er billigte dieses Vorgehen nicht, konnte aber nichts dagegen tun.

Schon die Römer haben die Führer der sie bedrohenden feindlichen Staaten gekauft. Timothy H. Parsons (s. <http://artsci.wustl.edu/~tparsons/>) beschreibt in seinem Buch "The Rule of Empires" (Wie Imperien herrschen) die Römer als "geschickte Praktiker der sanften Macht". Rom zog es vor, eroberte, aber noch potenziell feindliche Länder durch halb-autonome Vasallenkönige regieren zu lassen, die der Senat beschönigend "Freunde des römischen Volkes" nannte. "Die Römer halfen kooperativen Monarchen mit direkten Geldzahlungen und Warenlieferungen, an der Macht zu bleiben. Mit der Annahme dieser Unterstützungslieferungen unterwarfen sich die neuen Verbündeten der Autorität des römischen Imperiums, und die Römer interpretierten die geringste Auflehnung gegen ihren Willen als offene Revolte. Sie intervenierten (mit den gleichen Mitteln) auch bei internen Streitigkeiten, um unliebsame Vasallen loszuwerden."

Genau so regiert das US-Imperium. Weil auch Washington so über andere Länder herrscht, gab es keinen "ägyptischen Frühling", sondern nur eine neue Militärdiktatur – als Ersatz für die fallengelassene US-Marionette Hosni Mubarak, die nicht mehr zu halten

war; und deshalb kämpfen auch die europäischen US-Marionettenstaaten in den Kriegen mit, die im Mittleren Osten, in Nordafrika und in Zentralasien zur Sicherung der Vorherrschaft der USA geführt werden.

Washingtons National Endowment for Democracy (Nationalstiftung zur Förderung der Demokratie, s. http://de.wikipedia.org/wiki/National_Endowment_for_Democracy) finanziert nichtstaatliche Organisationen / NGOs, die sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen. Durch Aktivitäten solcher NGOs ist es Washington gelungen, nicht nur die ehemalige Sowjetrepublik Georgien, sondern auch die baltischen Staaten und andere osteuropäische Staaten seinem Imperium einzuverleiben.

Wegen der Probleme, die viele Russen mit ihrer sowjetischen Vergangenheit haben, ist auch Russland anfällig für Washingtons Intrigen.

So lange der Dollar regiert, wird Washington seine Macht behalten.

Als Rom begann, seine Silber-Denare mit Blei zu verfälschen, konnte es sich bald auch keinen Gehorsam mehr dafür kaufen. Wenn "Helicopter Ben" Bernanke (der Chef der US-Notenbank) damit fortfährt, den Dollar (durch permanentes Gelddrucken) immer mehr zu entwerten, wird auch die Macht Washingtons entschwinden.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Informationen über Paul Craig Roberts sind aufzurufen unter http://en.wikipedia.org/wiki/Paul_Craig_Roberts . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Paul Craig Roberts
Institute for Political Economy

Will Iran Be Attacked?

February 8, 2012

Washington has made tremendous preparations for a military assault on Iran. There is speculation that Washington has called off its two longest running wars—Iraq and Afghanistan—in order to deploy forces against Iran. Two of Washington's fleets have been assigned to the Persian Gulf along with NATO warships. Missiles have been spread amongst Washington's Oil Emirate and Middle Eastern puppet states. US troops have been deployed in Israel and Kuwait.

Washington has presented Israel a gift from the hard-pressed american taxpayers of an expensive missile defense system, money spent for Israel when millions of unassisted americans have lost their homes. As no one expects Iran to attack Israel, except in retaliation for an Israeli attack on Iran, the purpose of the missile defense system is to protect Israel from an Iranian response to Israeli aggression against Iran.

Juan Cole has posted on his blog a map showing 44 US military bases surrounding Iran.

In addition to the massive military preparations, there is the propaganda war against Iran that has been ongoing since 1979 when Washington's puppet, the Shah of Iran, was overthrown by the Iranian revolution. Iran is surrounded, but Washington and Israeli propaganda portray Iran as a threatening aggressor nation. In fact, the aggressors are the Washington and Tel Aviv governments which constantly threaten Iran with military attack.

Neocoon warmongers, such as David Goldman, compare the Iranian president to Hitler and declare that only war can stop him.

Washington's top military officials have created the impression that an act of Israeli aggression against Iran is a done deal. On February 2 the Washington Post reported that Pentagon chief Leon Panetta believes that Israel is likely to attack Iran in two to four months.

Also on February 2, Gareth Porter reported that General Martin Dempsey, Chairman of the US Joint Chiefs of Staff, informed the Israeli government that the US would not join Israel's aggression against Iran unless Washington had given prior approval for the attack.

Porter interprets Dempsey's warning as a strong move by President Obama to deter an attack that would involve Washington in a regional conflagration with Iran. A different way to read Dempsey's warning is that Obama wants to hold off on attacking Iran until polls show him losing the presidential election. It has generally been the case that the patriotic electorate does not turn out a president who is at war.

On February 5, President Obama canceled Dempsey's warning to Israel when Obama declared that he was in "lockstep" with the Israeli government. Obama is in lockstep with Israel despite the fact that Obama told NBC that "we don't see any evidence that they [Iran] have those intentions [attacks on the US] or capabilities." By being in lockstep with Israel and simultaneously calling for a "diplomatic solution," Obama appeased both the Israel Lobby and Democratic peace groups, thus upping his vote.

As I wrote previously, this spring is a prime time for attacking Iran, because there is a good chance that Russia will be in turmoil because of its March election. The Russian opposition to Putin is financed by Washington and encouraged by Washington's statements, especially those of Secretary of State Hillary Clinton. Whether Putin wins or there is an indecisive result and a run-off election, Washington's money will put tens of thousands of Russians into the streets, just as Washington's money created the "Green Revolution" in Iran to protest the presidential elections there.

On February 4 the former left-wing British newspaper, The Guardian, reported a pre-election protest by 120,000 anti-Putin demonstrators marching in Moscow and demanding "fair elections." In other words, Washington already has its minions declaring that a win by Putin in March can only signify a stolen election. The problem for Obama is that this spring is too early to tell whether his re-election is threatened by a Republican candidate. Going to war prematurely, especially if the result is a stiff rise in oil prices, is not an aid to re-election.

The willingness of peoples around the world to be Washington's puppets instead of loyal citizens of their own countries is why the West has been able to dominate the world during the modern era. There seems to be an infinite supply of foreign leaders who prefer Washington's money and favor to loyalty to their own countries' interests.

As Karl Marx said, money turns everything into a commodity that can be bought and sold. All other values are defeated—honor, integrity, truth, justice, loyalty, even blood kin. Nothing remains but filthy lucre. Money certainly turned UK prime minister Tony Blair into a political commodity.

The power of money was brought home to me many years ago. My Ph.D. dissertation chairman found himself in the Nixon administration as Assistant Secretary of Defense for International Security affairs. He asked if I would go to Vietnam to administer the aid programs. I was flattered that he thought I had the strength of character to stand up to the corruption that usually defeats the purpose of aid programs, but I declined the assignment.

The conversation was one I will never forget. Warren Nutter was an intelligent person of integrity. He thought regardless of whether the war was necessary that we had been led into it by deception. He thought democracy could not live with deception, and he objected to government officials who were not honest with the American people. Nutter's position was that a democratic government had to rely on persuasion, not on trickery. Otherwise, the outcomes were not democratic.

As Nutter saw it, we were in a war, and we had involved the South Vietnamese. Therefore, we had obligations to them. If we proved to be feckless, the consequence would be to undermine commitments we had made to other countries in our effort to contain the Soviet Empire. The Soviet Union, unlike the "terrorist threat" had the potential of being a real threat. People who have come of age after the collapse of the Soviet Union don't understand the cold war era.

In the course of the conversation I asked how Washington got so many other governments to do its bidding. He answered, "Money."

I asked, "You mean foreign aid?"

He said, "No, bags of money. We buy the leaders."

He didn't approve of it, but there was nothing he could do about it.

Purchasing the leadership of their enemies or of potential threats was the Roman way. Timothy H. Parsons in his book, *The Rule of Empires*, describes the Romans as "deft practitioners of soft power." Rome preferred to rule the conquered and the potentially hostile through "semiautonomous client kings which the Senate euphemistically termed 'friends of the Roman people.' Romans helped cooperative monarchs remain in power with direct payments of coins and material goods. Acceptance of these subsidies signified that an ally deferred to imperial authority, and the Romans interpreted any defiance of their will as an overt revolt. They also intervened freely in local succession disputes to replace unsuitable clients."

This is the way Washington rules. Washington's way of ruling other countries is why there is no "Egyptian Spring," but a military dictatorship as a replacement for Washington's discarded puppet Hosni Mubarak, and why European puppet states are fighting Washington's wars of hegemony in the Middle East, North Africa and Central Asia.

Washington's National Endowment for Democracy funds non-governmental organizations (NGOs) that interfere in the internal affairs of other countries. It is through the operations of NGOs that Washington added the former Soviet Republic of Georgia to Washington's empire, along with the Baltic States, and Eastern European countries.

Because of the hostility of many Russians to their Soviet past, Russia is vulnerable to Washington's machinations.

As long as the dollar rules, Washington's power will rule.

As Rome debased its silver denarius into lead, Rome's power to purchase compliance faded away. If "Helicopter Ben" Bernanke inflates away the purchasing power of the dollar, Washington's power will melt away also.